

4.2. Themenfeld Kommunale Entwicklung

4.2.1. Einleitung

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung besteht dringender Bedarf, die Überlegungen zur Sicherstellung der Daseinsvorsorge mit Überlegungen zur nachhaltigen Entwicklung des UNESCO-Biosphärenreservates Rhön zusammen zu denken. **Sparsamkeit** bei der **Ausweisung neuer Siedlungs- und Verkehrsflächen**, ernsthafte Anstrengungen bei der **Revitalisierung und Sanierung von altem Gebäudebestand** und strategische **Investitionen in Infrastruktur und Fachpersonal** sollten dabei handlungsleitende Maxime sein.

Soziale Aspekte und Finanzierungsfragen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, damit die **Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse auf lange Sicht** gewahrt bleibt. Dies erfordert je nach Situation mutige Investitionsentscheidungen oder gemeinsam genutzte Infrastruktur, was im Einzelnen abgewogen werden sollte. Durch **konzeptionelle Anstrengungen**, wie sie im aktuellen Modellvorhaben zu Mobilität und Daseinsvorsorge unternommen werden, hat die Rhön die Chance, sich als ländlicher Raum zu profilieren, in dem heute schon an die Herausforderungen von morgen gedacht wird. Bei unbequemen Entscheidungen darf es allerdings **keine Tabus** geben. Stattdessen sollte grundsätzlich **kooperativ** gedacht werden, um in Kooperation von Verwaltung, Investoren und Bürgerschaft die besten Wirkungen zu erreichen.

4.2.2. Leitbild Themenfeld Kommunale Entwicklung

Die Rhön ist ein ländlicher Raum mit mehreren raumplanerischen Zentren (Zentrale Orte), die unterschiedliche Funktionen haben. Gemeinsam betreiben alle Kommunen eine **nachhaltige Siedlungs- und Strukturentwicklung**. Rhöner Städte und Dörfer sind **attraktiv als Wohn- und Arbeitsstätten**: Zeitgemäße **Wohn- und Wohnumfeld-Ansprüche** von jungen Menschen, Familien, Rückkehrern, Zuwanderern und Senioren werden **nachhaltig erfüllt**.

Vorhandene innerörtliche Flächen in bestehenden Siedlungsgebieten werden **vorrangig genutzt**. Die Entscheidungsträger auf unterschiedlichen Ebenen setzen konsequent in Kooperation den Grundsatz ‚Innenentwicklung vor Außenentwicklung‘ um. Grundeigentümer erkennen ihre gesellschaftliche Verpflichtung im lokalen und regionalen Kontext. Dies spart Kosten und Flächen, die zu anderen Zwecken benötigt werden, z. B. für Landwirtschaft, Klima- und Naturschutz. Als Modellregion für nachhaltige Entwicklung ist das UNESCO-Biosphärenreservat Rhön Vorreiter für innovative Projekte, welche auch den Anforderungen des Klimaschutzes gerecht werden und Überlegungen zum Energiesparen sowie Klimaanpassungsstrategien beinhalten.

Die Rhön erarbeitet in einem Diskussionsprozess eine Strategie zur Sicherung der Daseinsvorsorge. Die kommunalen Entscheidungsträger der Region einigen sich unter Berücksichtigung der geltenden Vorgaben der Landesplanung auf eine **Grundversorgung**, die die beteiligten Akteure in der Region auch unter erschwerten Bedingungen (Abnahme und Alterung der in der Rhön geborenen Bevölkerung einerseits, Integration von Flüchtlingen/ Zuwanderern andererseits) flächendeckend in zumutbarer Erreichbarkeit **aufrechterhalten**. Dieser Schritt schafft für Bürger sowie Unternehmen Klarheit und **Verlässlichkeit** in der

Frage, mit welchem **Versorgungsniveau** sie künftig rechnen können und ist damit eine wichtige Grundlage für private und auch öffentliche Investitionen. Eine solche Grundversorgung umfasst insbesondere **Brand- und Katastrophenschutz, Notfallmedizin und Rettungsdienst, frühkindliche, schulische und berufliche Bildung, eine zeitgemäße Kommunikationsversorgung, technische Infrastruktur** und ein **Mindestmaß an öffentlich gewährleisteter Mobilität**.

Bestehende Einrichtungen auf örtlicher und überörtlicher Ebene (z.B. Kläranlagen) werden erhalten. **Individuelle Lösungen** müssen für Siedlungsbereiche mit geringer Einwohnerdichte gefunden werden. Im Bereich Nahversorgung/ Einzelhandel gibt es unterschiedliche Ansätze von Dorfläden über Hol- und Bringdienste bis zu mobilen Händlern und internetbasierten Einkaufsmöglichkeiten, die im Idealfall ihr Angebot gegenseitig ergänzen und miteinander vernetzen.

Ergänzend (nicht als Alternative!) zu den öffentlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge setzen die Rhöner auf **Selbstorganisation und Eigeninitiative** in Bereichen, in denen das öffentliche Angebot nicht zufriedenstellend sein kann.

Die Sicherstellung eines optimalen Mobilitätsangebotes wird als Gemeinschaftswerk von öffentlicher Verantwortung (Gemeinden, Landkreise) und bürgerschaftlichem Engagement verstanden.

4.2.3. Ziele und Maßnahmen Themenfeld Kommunale Entwicklung

Ziel 4.2.-1: Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit

Um Konkurrenzdenken abzubauen und Synergieeffekte zu nutzen, sollte interkommunale Zusammenarbeit gestärkt und weiter ausgebaut werden.

Akteure: Kommunen, Verwaltungsgemeinschaften, interkommunalen Allianzen; Landkreise, RAGs und LAGs LEADER, Verwaltungsstellen des UNESCO-Biosphärenreservates Rhön

kurz- bis mittelfristige Maßnahmen

(Beginn innerhalb von 5 Jahren und fortlaufend):

- (länder- bzw. landkreisübergreifende) Zusammenarbeit von Gemeinden durch Fortführung und intensiviertere Kooperation zwischen den Ortsteilen einer Gemeinde und mit anderen Gemeinden z. B. in Form von Kommunalen Allianzen (BY) oder Verwaltungsgemeinschaften bzw. anderen Pendanten in Hessen und Thüringen und darüber hinaus
- Stärkung der flächendeckenden, gut koordinierten Struktur kommunaler Zusammenarbeit im UNESCO-Biosphärenreservat (z. B. durch regelmäßige Zusammenkünfte kommunaler Vertreter aller Gemeinden, die zum UNESCO-Biosphärenreservat zählen)
- Gründung einer übergreifenden Steuerungsgruppe zur Koordination – die Zusammenarbeit der Verwaltungsstellen des UNESCO-Biosphärenreservates sollte ebenfalls weiterhin gestärkt werden.

Ziel 4.2.-2: Sicherung der Daseinsvorsorge

Generell sollten alle Maßnahmen das übergeordnete Ziel haben, für die Dienstleistungen und Infrastruktur, die zur Daseinsvorsorge zählen, auch unter sich wandelnden Rahmenbedingungen den notwendigen Versorgungsstand aufrecht zu erhalten, ohne die Kommunen und Landkreise finanziell zu überlasten. Als Entscheidungsgrundlage sollten die (Zwischen-) Ergebnisse der gestarteten Modellprojekte der Raumordnung des Bundes „Langfristige Sicherung der Daseinsvorsorge und Mobilität im ländlichen Raum“ (2016 - 2018, z. B. aus dem Wartburgkreis oder den Landkreisen Rhön-Grabfeld und Bad Kissingen) berücksichtigt werden.

Akteure: Kommunen, interkommunale Allianzen, Verwaltungsgemeinschaften, Landkreise, Vereine/ Verbände, Länder

kurz- bis mittelfristige Maßnahmen

(Beginn innerhalb von 5 Jahren und fortlaufend):

- Entwicklung von Lösungsansätzen durch bürgerschaftliche Partizipation, z. B. Jugend-Gemeindeforen (Bsp. Wildflecken, Geroda im Landkreis Bad Kissingen) weiterentwickeln oder dauerhafte Einrichtung von Trägervereinen wie „Miteinander-Füreinander Oberes Fuldataal“

langfristige Maßnahmen

(Beginn innerhalb von 10 Jahren und fortlaufend):

- Fusionen (z. B. von Bauhöfen, Kindergärten, Tourist-Infos, Bauämter etc.) im Rahmen interkommunaler Projekte
- bei Bedarf: dauerhafte Aufgabe leer gefallener Einzelhöfe und Weiler nach gründlicher Abwägung und unter Kompensation der Eigentümer zu Marktpreisen

Teilziel 4.2.-2.1: Sicherstellung des Brand- und Katastrophenschutzes

Akteure: Kommunen, interkommunale Allianzen, Verwaltungsgemeinschaften, Landkreise, Länder, Feuerwehren, Unternehmen, Aufsichtsbehörden, Bundeswehr

kurz- bis mittelfristige Maßnahmen

(Beginn innerhalb von 5 Jahren und fortlaufend):

- Gewinnung von Einpendlern zur Abdeckung der Tagesalarmbereitschaft der Feuerwehr unter Berücksichtigung der rechtlichen Situation
- Bewusstseinsbildung bei örtlichen Firmen, ihr Personal für Brandschutzaufgaben freizustellen/ Ehrung der Firmen
- verbesserte Prävention durch Temperaturfühler/ Sprinkleranlagen/ altersgerechte Assistenzsysteme im Bereich Brandschutz etc.

- Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung (im Verhältnis zu anderen Freizeitangeboten)
- Kooperation von Ortsfeuerwehren, z. B. gemeinsame Beschaffung und Übung an aufwändiger Technik
- Absicherung bei Unfällen/ Rente (analog der Thüringer Gesetzeslage)
- Unterstützung beim Erwerb entsprechender Fahrerlaubnisse/ Führerscheine

langfristige Maßnahmen

(Beginn innerhalb von 10 Jahren und fortlaufend):

- Einbindung von Bundeswehr- und Werksfeuerwehren unter Berücksichtigung der rechtlichen Situation
- Einsatz teilhauptamtlichen Personals

Teilziel 4.2.-2.2: **Sicherung der Daseinsvorsorge im Bereich Gesundheit und Pflege**

Akteure: Ärzte, Krankenhäuser, Ärzteverbände; Kassenärztliche Vereinigungen, Länder, Landkreise, Kommunen, interkommunale Allianzen, Verwaltungsgemeinschaften, Pflegeschulen, Krankenkassen, Schulen, Bildungseinrichtungen, Volkshochschulen (VHS), Sportverbände und -vereine, Präventionskursanbieter, Rettungsdienst-Anbieter, Apotheken, Hochschulen/ Universitäten, Gesundheitsregion plus (BY), Zentrum für Telemedizin im Lkr. Bad Kissingen

kurz- bis mittelfristige Maßnahmen

(Beginn innerhalb von 5 Jahren und fortlaufend):

- Studie und Handlungsempfehlungen zur Situation der hausärztlichen Versorgung in den Landkreisen des UNESCO-Biosphärenreservates Rhön, falls noch nicht vorhanden (Vorbild Kommunale Allianz „Fränkisches Saaletal)
- Einrichtung einer regionalen Praxis-Abgabebörse (Gesuche und Angebote der Region als digitale Plattform zur schnelleren Übergabe von Arztpraxen)
- Anwerbung von Ärzten aus Ballungsgebieten unter Berücksichtigung der Arbeitsplatzsituation für Ehe- und Lebenspartner (dual career)
- Fortbildung von Familienangehörigen bzgl. Pflege/ Demenz
- Maßnahmen im Bereich der Gesundheitsprävention: Sport nach Eins, Gesundheitsbildung, Ernährung (vgl. II.5.1. „Bildung“) (z. B. Projekt im Landkreis Rhön-Grabfeld: Schaffung niederschwelliger Bewegungsangebote in Vereinen zur Prävention von Diabetes)
- Erstellung einer Datenbank für Erfassung und Übersicht aller Präventionsangebote für Anbieter und Teilnehmer

- Bindung von Medizin-Studierenden an die Region über Stipendien (z. B. Stipendienprogramm des Bayerischen Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit oder Weiterbildungsmöglichkeiten in Hausarztakademien im Lkr. Hersfeld-Rotenburg oder der Hausarzt-Kampagne „Landpartie 2.0“ im Lkr. Fulda) und Fortführung des Weiterbildungsverbundes Bad Neustadt/Saale, Kreisklinik, mit den niedergelassenen Allgemeinmedizinerinnen
- verstärkter Einsatz qualifizierter Ersthelfer oder entsprechender technischer Hilfsmittel wie Laien-Defibrillatoren im Rettungsdienst
- Betreiben von Arztpraxen mit angestellten Ärzten
- Delegation von Routinetätigkeiten an Unterstützungspersonal
- Stärkung mobiler Arztpraxen
- Überprüfung der Versorgungsformeln im ländlichen Raum mit Begleitung der Ärztekammern
- Stärkung der Selbsthilfe (ohne Arzt) mithilfe der Apotheken: mobile Apothekendienste/ Rezeptsammelstellen/ Apotheken als Gesundheitsdienstleister
- Telemedizin „doc2patient“, z. B. Übermitteln von Gesundheitswerten an behandelnde Arztpraxen ausbauen
- Telemedizin „doc2doc“, z. B. Telekonsile (durch elektronische Übermittlung von Bild- und Textbefunden zwischen Ärzten verschiedener Gesundheitseinrichtungen sowie Videokonferenz) verstärken

langfristige Maßnahmen

(Beginn innerhalb von 10 Jahren und fortlaufend):

- Beteiligung der Krankenhäuser an der ambulanten Versorgung
- verstärkter Einsatz von Hubschraubern im Rettungsdienst

Teilziel 4.2.-2.3:

Sicherung der Daseinsvorsorge im Bereich Bildung

(vgl. II.4.3. „Mobilität und Verkehr“ und II.5.1. „Bildung“)

Akteure: Schulen, Schulämter, Länder, Landkreise, Verkehrsbetriebe und -unternehmen, Lehrerverbände, Volkshochschulen (VHS), private Bildungsträger, Landkreise, Betriebe, Kammern, RAGs und LAGs LEADER, Kommunen

kurz- bis mittelfristige Maßnahmen

(Beginn innerhalb von 5 Jahren und fortlaufend):

- Ausweitung von Web-Seminar-Angeboten in der Erwachsenenbildung (Bsp. Volkshochschulen Lkr. Fulda) und Bekanntmachen der Angebote (Bsp. Bildungsportal Lkr. Bad Kissingen)

- Reduktion der Mindeststärken und -zügigkeiten in Grundschulen, um kleinere Einrichtungen zu erhalten
- jahrgangs- und schul(form)-übergreifender Unterricht
- Bereithaltung von „Bereitschaftslehrern“ für die eigene Schule (für Vertretung)
- Sicherstellung der Chancengleichheit bei der Erreichbarkeit von weiterführenden Schulen durch gutes ÖPNV-Angebot
- Verbesserung der Übergangsgestaltung von Schule zum Beruf durch Ausweitung von Berufs-Orientierungs-Netzwerken (BON) der Lkr. Rhön-Grabfeld und Bad Kissingen (Projekt: „Standortfaktor Bildung“) sowie der Angebote „Handwerkersommer“ des Lkr. Fulda oder des Online-Portals www.karriereheimat.de des Wartburgkreises auf das Gebiet des UNESCO-Biosphärenreservates
- Anpassung der Betreuungszeiten der Kinder an die veränderten Bedarfe der Arbeitszeiten von Eltern: längere Öffnungszeiten der Kitas, Verbesserung des Angebots an Ganztagschulen, inkl. Hausaufgabenbetreuung und Ferienprogramm (auch für unter Sechsjährige)

Teilziel 4.2.-2.4: Sicherung der Daseinsvorsorge Bereich Telekommunikation
(vgl. II.5.3. „Öffentlichkeitsarbeit, Kommunikation und Marketing“)

<u>Akteure:</u>	Landkreise, Länder, regionale Energieversorger, Kommunen, interkommunale Allianzen, Verwaltungsgemeinschaften
-----------------	---

kurz- bis mittelfristige Maßnahmen

(Beginn innerhalb von 5 Jahren und fortlaufend):

- Verlegung von Breitbandnetzen gemeinsam mit Nahwärmenetzen und Ausbau durch ein gemeinsames Vorgehen von Landkreis, lokalen Akteuren und regionalem Stromversorger (z. B. Lkr. Fulda)
- Internetanbindung über Mobilfunk oder Satellit (wenn andere Technologien nicht zur Verfügung stehen)
- Verlegung von Speedpipes (Leerrohren) für Breitbandnetze auch mit Unterstützung von Bürgern (Verlegen von Breitbandnetzen in Abwasserkanälen)
- Ausbau eines leistungsfähigen Mobilfunknetzes
- Freihaltung eines Ortes im Konsens der Bewohner von Mobilfunk und Kennzeichnung als „weiße Zone“, um Siedlungsmöglichkeiten für elektrosensitive Personen zu schaffen

Teilziel 4.2.-2.5: Wasserver- und -entsorgung in kommunaler Hand

<u>Akteure:</u>	Kommunen, interkommunale Allianzen, Verwaltungsgemeinschaften, Baubehörden, Wasserversorger, Abwasserzweckverbände, Wasserwirtschaftsamt, Landkreise, Bürger
-----------------	--

kurz- bis mittelfristige Maßnahmen*(Beginn innerhalb von 5 Jahren und fortlaufend):*

- Vorsorge Klimawandel: Bauliche Veränderungen zur Versickerung von Dachflächenwasser statt Einleitung in die Kanalisation; Anlage von Rückhaltebecken etc.

langfristige Maßnahmen*(Beginn innerhalb von 10 Jahren und fortlaufend):*

- verstärkte Nutzung von Brauchwasser im WB-Bereich bzw. Trockentoiletten (bei Weilern und Einzelhöfen) unter Berücksichtigung wasser- und kommunalrechtlicher Bestimmungen
- Hausbrunnen für die Trinkwassergewinnung unter Berücksichtigung wasser- und kommunalrechtlicher Bestimmungen
- Kleinkläranlagen (z. B. Wurzelraumkläranlagen, bei Weilern und Einzelhöfen) anstelle von Neuanschluss an Zentralkläranlagen, Fäkalienentsorgung auch über Trockentoiletten unter Berücksichtigung wasser- und kommunalrechtlicher Bestimmungen

Teilziel 4.2.-2.6: Sicherung der Nahversorgung

Akteure: Unternehmen (Online-Shopping), Bürger, Kommunen, interkommunale Allianzen, Verwaltungsgemeinschaften, Landkreise, Banken, Dachmarke Rhön e. V., Rhön GmbH, Produzenten, Handel, Regionalmanagements, Landes- und Regionalplanung, Genossenschaftsverbände

kurz- bis mittelfristige Maßnahmen*(Beginn innerhalb von 5 Jahren und fortlaufend):*

- Organisation von Hol- und Bringdiensten in Orten, die keinen Lebensmittelladen mehr haben; Verbindung mit einem sozialen Treffpunkt, um sich bei der Lieferung auszutauschen, Einbindung von Internet-Diensten (z. B. „Frisches per Maus ins Haus!“)
- Einrichtung von Läden für „Click & Collect-Service“, z. B. für Kleidung: Im Internet informieren sich die Kunden über das Warenangebot und lassen es im Laden hinterlegen. Vor dem Kauf kann die Ware aber anprobiert werden.
- Unterstützung mobiler Nahversorger in Form von Bürgerhilfevereinen (z. B. Miteinander-Füreinander Oberes Fuldata) und ähnlichen Selbsthilfeeinrichtungen
- (Wieder-) Einrichtung mobiler Bankfilialen (z. B. Sparkassenbus)
- Weiterentwicklung des Liefersortiments von Regionalprodukten (Rhöner Regionalkiste)
- Entwicklung/ Förderung genossenschaftlicher Lösungen, z. B. als Träger für Dorfzentren mit Laden, Café/ Gastwirtschaft als Genossenschaft
- Umsetzung von Maßnahmenpaketen aus dem Modellvorhaben „Langfristige Sicherung von Versorgung und Mobilität in ländlichen Räumen“
- Gemeinschaftlicher Ausbau von eGovernment-Portalen

Ziel 4.2.-3: Langfristige Folgenabschätzung bei Planungsentscheidungen in der Siedlungsentwicklung

Entscheidungen zur Siedlungsentwicklung haben sehr langfristige Auswirkungen, weshalb ein Engagement der Kommunen bzw. der zuständigen Verwaltungen lohnt. Auf der Grundlage systematischer Bedarfsanalysen sollte eine verbesserte und nachhaltigere Gestaltung möglich sein. Ein Flächenmanagement mit Datenbanken könnte dazu beitragen, Siedlungsentwicklung enger am tatsächlichen Bedarf zu planen.

Akteure: Kommunen, Verwaltungsgemeinschaften, interkommunale Allianzen, Landkreise, Baubehörden, Landes- und Regionalplanung, Verwaltungsstellen des UNESCO-Biosphärenreservat Rhön, Unternehmen

kurz- bis mittelfristige Maßnahmen

(Beginn innerhalb von 5 Jahren und fortlaufend):

- Flächenmanagement: Erfassung und Pflege von Datenbank(en) zu Leerständen, Leerstandsrisiken und Baulücken sowie den dazugehörigen Eigentumsverhältnissen
- Planung realistischer Perspektiven zur Siedlungsentwicklung und Homogenisierung der Aktivitäten der Landkreise und Kommunen - mit Hilfe des bayerischen Vitalitätschecks (vgl. <http://www.demografie-leitfaden-bayern.de/dorferneuerung/vitalitaets-check-20/>), der zusätzlich noch Informationen zur Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaft und Infrastruktur bereitstellt
- Gestaltung der Kosten für Infrastruktur (Straßen, Wasser und Abwasser, Strom, digitale Kommunikation, ÖPNV etc.) in Abhängigkeit von Siedlungsentwicklungsentscheidungen auf Basis der Daten aus dem Infrastruktur-Folgekosten-Rechner (F+E-Projekt) – Kosten der Zersiedelung können aufgezeigt und Infrastrukturkosten transparenter dargestellt werden.
- nachhaltiges Flächenmanagement unter Berücksichtigung des Bodenschutzes (Versiegelung, Verdichtung, Stoffeinträge, Erosion)

Ziel 4.2.-4: Intensivierung des Dialogs zwischen Bürgern und Ansprechpartnern der Siedlungsentwicklung

Innenentwicklung sollte sich serviceorientiert an Bürger und potenzielle Neubürger mit privaten oder gewerblichen Interessen richten. Ihre Vorstellungen zur Inanspruchnahme von Wohnraum sollten dabei im Sinne einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung aktiv begleitet werden.

Akteure: Kommunen, Verwaltungsgemeinschaften, interkommunale Allianzen, Landkreise, Baubehörden

kurz- bis mittelfristige Maßnahmen*(Beginn innerhalb von 5 Jahren und fortlaufend):*

- Einrichtung eines Bürgerservice „Innenentwicklung“ mit den nötigen Strukturen, bspw. Innenentwicklungsmanager oder -lotsen; Neben der Vermittlung zwischen Immobilienbesitzern und Kaufwilligen sollte es Auskunft zu Fördermöglichkeiten und Beratungsleistungen für Bau- oder Umbauinteressierte geben. Besitzer von leerstehenden Immobilien und ungenutzten Bauplätzen werden aktiv in regelmäßigen Abständen auf ihre Nutzungs- bzw. eventuelle Verkaufsabsichten hin befragt und informiert.
- Berücksichtigung neuer Formen der Siedlungsstruktur bei der Beratung über mögliche neue Nutzungen wie z. B. Mehrgenerationen-Wohnen

Ziel 4.2.-5: Erhalt/ Stärkung des Ortsbilds mit einem belebten, funktionalen Kern

Als attraktiv erscheint ein Ortsbild dann, wenn es ein Zentrum mit Möglichkeiten zur sozialen Interaktion (u. a. Plätze, Grünanlagen mit Aufenthaltsmöglichkeiten) bietet. Eine gastronomische Einrichtung, ein Laden oder ein Ortsteilzentrum können hierbei das Angebot erweitern. Leerstände und verfallende Bausubstanz gelten als unattraktiv.

Akteure: Kommunen, Verwaltungsgemeinschaften, interkommunale Allianzen; Landkreise, Regionalmanagements; RAGs und LAGs LEADER; Unternehmen, Handel, Bürger, Denkmalbehörden, Ämter für ländliche Entwicklung, Baubehörden, Städtebauförderung, Höhere Landesplanungsbehörde, Regionale Planungsverbände, weitere zuständige Fachbehörden

kurz- bis mittelfristige Maßnahmen*(Beginn innerhalb von 5 Jahren und fortlaufend):*

- Aufbau von Dorfzentren als zentrale Infrastruktureinrichtung, die gleichzeitig als Treffpunkte und Kommunikationsorte wirken
- Schaffung altersgerechter Wohnformen möglichst in der Nähe der Dorfzentren bzw. von Versorgungsinfrastruktur, wie generationsübergreifendes Wohnen (z. B. Mehrgenerationenhäuser), betreutes Wohnen oder Kombinationen von Kinder- und Altenbetreuung
- Identifikation nicht erhaltenswerter Objekte/ „städtebaulicher Missstände“ – Schaffung eines attraktiven Ortsbildes über die Bauleitplanung
- Unterstützung von Eigentümern bei der Wiederbelebung leergefallener Quartiere im Innenort
- Umgestaltung von Objekten ohne Entwicklungsperspektive durch ggf. Ankauf bzw. im Einzelfall Abriss und Ersatz

- Rücknahme von Baugebieten ohne Bebauungsaussicht; Ausweisung neuer Baugebiete ausschließlich nachfrageorientiert bzw. nur im Falle fehlender Bauflächen im Innenbereich
- Aktive Gestaltung des Rückbaus in Gebieten mit definitivem Bevölkerungsrückgang: Beseitigung von Bauruinen in den Orten, um die Attraktivität für Bewohner und Gäste (Urlauber) zu wahren und einem negativen Abwärtstrend vorzubeugen; ggfs. über die Einrichtung eines „Abrissfonds“
- Überprüfung und Förderung Barrierefreiheit im Siedlungsraum, öffentlichen Gebäuden, Plätzen und Verkehrsraum und Unterstützung und Förderung des barrierefreien Umbaus im Bestand Privateigentum und Mietobjekte

Ziel 4.2.-6: Schaffung und Stärkung des Bewusstseins für regionaltypisches, klimaangepasstes Bauen

Typische regionale Bauelemente und ein ästhetisches Ortsbild sollten Bürgern, Entscheidungsträgern und Bauherren wichtiger werden. Neue bauliche Möglichkeiten werden eingesetzt im Einklang mit dem Denkmalschutz und dem Ziel, typische Ortsbilder und regionaltypische Bauformen zu erhalten. Nachhaltige Baustoffe und Techniken (z. B. Bauen mit Holz) sollten dabei bevorzugt verwendet werden.

Akteure: Kommunen, Verwaltungsgemeinschaften, interkommunale Allianzen; Landkreise, Regionalmanagements; RAGs und LAGs LEADER; Baubehörden, Architekten, Kammern, Denkmalbehörden, Ämter für ländliche Entwicklung, Städtebauförderung, Rohstoffgewinnende Betriebe, Naturschutzverbände

kurz- bis mittelfristige Maßnahmen

(Beginn innerhalb von 5 Jahren und fortlaufend):

- Veranstaltungsreihe zur (regionalen) Baukultur
- Aufbau eines regionalen Austauschs von Best-Practice-Beispielen: Bürger(meister)-fahrten mit fachkundiger Begleitung zu Projekten in der ganzen Rhön bzw. beispielhaften Regionen; länderübergreifender Austausch
- Aktualisierung des Infomaterials zum rhöntypischen Bauen (Farben, Materialien, Architektur) und ggf. Erarbeitung in einem Forschungsprojekt (Vorbild: UNESCO-Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin mit der Broschüre „Regionaltypisches Bauen in der Region Barnim – Uckermark“)
- Stärkung und Etablierung von Baumessen (Vorbild: Rödleser Messe 2015: So wird saniert!) an wechselnden Orten (vorzugsweise innerorts)

langfristige Maßnahmen

(Beginn innerhalb von 10 Jahren und fortlaufend):

- Gewinnung (junger) Architekten für ortsbildtypisches Bauen, z. B. durch Lehr-/Forschungsprojekt

- Einrichtung eines Biosphärenpreis für regionales nachhaltiges Bauen/ Sanieren im Bestand (zusammen mit Architektenkammern)

Ziel 4.2.-7: Bau/ Sanierung von Mietwohnungen und Schaffung neuer Wohnformen

Die baulichen Strukturen einer Vielzahl an Gemeinden im UNESCO-Biosphärenreservat Rhön sind innerorts deutlich von ihrer (ehemals) landwirtschaftlichen Nutzung geprägt. Im Zentrum steht dabei meist ein Wohnhaus für eine Großfamilie zur Verfügung. Dies wird den heutigen Wohnbedürfnissen häufig nicht mehr gerecht. Es fehlt an kleineren Wohnungen, die als Mietobjekte ein erstes Ankommen für Rückkehrer, Zuwanderer, Berufsanfänger ermöglichen. Ebenso fehlt Wohnraum für altersgerechtes Wohnen oder Mehrgenerationen-Häuser, die generationsübergreifendes Wohnen außerhalb der Familienstruktur ermöglichen.

Akteure: Kommunen, Verwaltungsgemeinschaften, interkommunale Allianzen; Landkreise, Regionalmanagements; RAGs und LAGs LEADER, Städtebauförderung

kurz- bis mittelfristige Maßnahmen

(Beginn innerhalb von 5 Jahren und fortlaufend):

- Identifikation geeigneter Objekte, Skizzierung von Lösungen sowie anschließend Gewinnung von Investoren (z. B. ortansässige Unternehmer oder Bauträger)

Ziel 4.2.-8: Förderung von Innenentwicklung statt Außenentwicklung

Bestehende Förderprogramme sind zum Teil nicht bekannt genug. Für einige Gebiete, deren Sanierung einen hohen Aufwand für die Bauherren, aber auch eine hohe Wirksamkeit fürs Ortsbild bedeutet, wären zusätzliche lokale Anreize wünschenswert (z. B. regionales Förderprogramm zur Entwicklung von alternativen Lösungen für erhaltenswerte Gebäude im Landkreis Fulda).

Akteure: Kommunen, Verwaltungsgemeinschaften, interkommunale Allianzen; Landkreise, Regionalmanagements; RAGs und LAGs LEADER, Verwaltungsstellen des UNESCO-Biosphärenreservates Rhön, Denkmalbehörden, Ämter für ländliche Entwicklung, Städtebauförderung

kurz- bis mittelfristige Maßnahmen

(Beginn innerhalb von 5 Jahren und fortlaufend):

- Nutzung von „mobilen Bürgerversammlungen“ oder Formaten wie z. B. dem bundesweiten „Tag der Städtebauförderung“ zur Öffentlichkeitsarbeit geplanter oder abgeschlossener Bauvorhaben der nachhaltigen Siedlungsgestaltung vor Ort
- Konsequenter Vollzug der vorhandenen Landschaftsschutzgebietsverordnungen, um den Flächenverbrauch wirksam einzudämmen.

langfristige Maßnahmen

(Beginn innerhalb von 10 Jahren und fortlaufend):

- Effiziente Nutzung bestehender staatlicher Förderprogramme unter Ergänzung durch kommunale Förderprogramme bei Bedarf
- Etablierung eines nationalen Förderprogramms für innenentwicklungskonformes, modernes und gleichzeitig regionaltypisches Bauen in den deutschen UNESCO-Biosphärenreservaten als Modellregionen für nachhaltige Entwicklung